



Newsletter 2.2012

der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

FÜR EINE BASISDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFT !!!

Themenabende der Lokalföderation:

- 13.02.:** **Anarchistische Arbeitskritik II (Fourier, Kropotkin, Bonanno)**
27.02.: **Lokal, regional, bundesweit, international? Welche Rolle spielen Netzwerke in der aktuellen politischen Arbeit?**
montags um 19.30 Uhr in der Bürgerwache, R102

nächstes A-Treffen in OWL

**Anarchistisches Forum OWL - nächstes Treffen: Samstag, 11.02.,
14.00 Uhr im AWO-Zentrum Heisenbergweg 2, Bielefeld**

- 1. Pressemitteilung des Sozialforum BI zur Strafanzeige gegen die Arge**
- 2. M31 - Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus - 31. März 2012**
Aufruf linker Gruppen und libertärer Basisgewerkschaften
- 3. EU-Gericht: Mehrfach befristete Arbeitsverträge sind erlaubt**
- 4. Kommunale Krankenhäuser (vorerst) vor Privatisierung bewahrt**
Dresdner Bevölkerung entscheidet sich für Belegschaft
- 5. Und weil der Mensch ein Mensch ist, braucht er was zu Essen bitte sehr ...**
Proletarisches Gedicht zum Thema Essen von Bertold Brecht
- 6. ASI-IAA: Aufruf für einen globalen Soli-Aktionstag**
- 7. Roche entlässt Gewerkschafter in Polen**
- 8. 2012 mit anarchistischen Vorsätzen auf Dresdner Straßen!**
Anarchistische Gruppen und Projekte rufen zur Verhinderung der Dresdner Naziaufmärsche im Februar auf
- 9. Der Krieg, er ist nicht tot, der Krieg (Rio Reiser)**
Mit Poesie gegen den Krieg aufbegehren, Donnerstag, 1. März, um 19.30 Uhr,;
Caféte der Kulturwerkstatt Paderborn, Bahnhofstr. 64.
- 10. Lesetipp: WORK. Capitalism. Economics. Resistance. von Crimethinc. Ex-Worker's collective**
- 11. Direkte Aktion #209 (Januar/Februar 2011)**
- 12. IT'S TIME TO ORGANIZE!**
- 13. Termine im Februar**



**Finger weg
vom
Streikrecht!**
Gewerkschaftsfreiheit
statt
Arbeitsfront
www.fau.org/streikrecht
FAU IAA


1. Presemitteilung des Sozialforum BI zur Strafanzeige gegen die Arge

Im Juni 2011 hat das Jobcenter Bielefeld Schalzweilen geschrieben. Statt einen Vorschuss auszuzahlen, hatte die Behörde eine Essenstüte an einen Erwerbslosen ausgegeben. Diese Praxis könnte den Tatbestand der schweren Untreue erfüllen. Deshalb hat das Sozialforum Bielefeld den Fall bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Das nicht etwa, weil wir dem Hartz-IV-Antragsteller die Lebensmitteltüte missgönnten. Wir wollen vielmehr darauf aufmerksam machen, dass das Jobcenter **Presemitteilung des Sozialforum BI zur Strafanzeige gegen die Arge** Bielefeld seinem Auftrag nicht gerecht wird und rechtlich und menschlich fragwürdig handelt. Und wir wollen mit der Anzeige klären, ob das Jobcenter gegen Recht und Gesetz verstößt.

Der Hintergrund:

Ein am 23.6.2011 in der Neuen Westfälischen Bielefeld erscheinender Artikel mit dem Titel [Essensration aus der Tüte](#) beschreibt den Umgang des Jobcenters Arbeitplus in Bielefeld mit einem Hartz-IV-Antragsteller:

Dieser hat sich, nachdem über seinen Hartz-IV-Antrag nach drei Wochen noch nicht entschieden worden war, offenbar erneut an die Behörde gewandt, weil er kein Geld mehr zum Leben hatte. Anstatt über seinen Antrag zu entscheiden oder ihm einen Vorschuss zu bewilligen, hat die Behörde ihm nur eine Lebensmitteltüte fragwürdigen Inhalts angeboten.

Diese Tüten „sind ein allerletztes Mittel für Personen, die laut Sozialgesetzbuch voraussichtlich keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben (...)“, wird der Pressesprecher des Jobcenters zitiert.

„Dennoch möchte man niemanden einfach nach Hause schicken, wenn zu erkennen ist, dass dieser Besucher nicht weiß, woher er heute noch etwas zu essen bekommen soll.“ „Niemand hat Anspruch auf diese Tüte. Es ist ein Geschenk“, heißt es weiter in dem Artikel.

Unsere Einordnung:

Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Grundgesetz ein sozialer Rechtsstaat. Daher hat jeder Bürger im Falle der Not einen Rechtsanspruch auf existenzsichernde (Geld)Leistungen.

Die Jobcenter (für Erwerbsfähige) und die Sozialämter (für Nicht-Erwerbsfähige) haben als zuständige Behörden den Auftrag, diesen Rechtsanspruch umzusetzen und den Antragstellern die ihnen zustehenden Leistungen für ihren Lebensunterhalt in menschenwürdiger Weise auszuzahlen. Und falls eine Behörde nicht zuständig sein sollte, muss sie den Antrag an die zuständige Behörde weiterleiten.

Da es sich um Leistungen handelt, die die Existenz (also das Überleben) der Leistungsberechtigten sichern sollen, müssen die Behörden die Anträge zügig bearbeiten und baldmöglichst Leistungen zahlen. Wenn es mal nicht so schnell geht, weil beispielsweise Unterlagen nicht so schnell besorgt werden können, haben die Behörden das Recht und die Möglichkeit, Vorschüsse auszuzahlen. Wenn eine Behörde zu dem Ergebnis kommt, dass ein Antragsteller kein Recht auf die beantragte Leistung hat, muss sie den Antrag ablehnen und damit dem Betroffenen die Möglichkeit geben, den ablehnenden Bescheid vom Sozialgericht überprüfen zu lassen.

Die Behörden sind laut Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden. Ihnen ist es im Gegensatz zu karitativen Einrichtungen nicht erlaubt, Almosen und Geschenke zu verteilen. Um Willkür zu vermeiden, darf eine Behörde nur solche Leistungen erbringen, die aufgrund eines Gesetzes vorgesehen sind - Geschenke gehören nicht dazu, auch nicht geschenkte Lebensmitteltüten.

Das Bundesverfassungsgericht drückt dies in seinem [Hartz-IV-Urteil vom 9.2.2010](#) so aus:

„Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch einen gesetzlichen Anspruch gesichert sein. Dies verlangt bereits unmittelbar der Schutzgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG. Ein Hilfebedürftiger darf nicht auf freiwillige Leistungen des Staates oder Dritter verwiesen werden, deren Erbringung nicht durch ein subjektives Recht des Hilfebedürftigen gewährleistet ist.“

Wenn das Jobcenter Bielefeld diese rechtlichen Vorgaben nicht einhält, handelt es nicht nur rechtlich und menschlich falsch, sondern erfüllt damit gegebenenfalls auch einen Straftatbestand.

Kontakt:

Elisabeth Reinhardt (cellrein(ät)web.de) und Jörg-Heinrich Wild (d-h-wild(ät)web.de)

2. M31 - Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus - 31. März 2012

Aufruf linker Gruppen und libertärer Basisgewerkschaften

Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise in der EU (und global) zu

Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus in Europa zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit diesem Drohszenario werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren.

In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die Herrschenden in der EU und ihren Mitgliedsstaaten setzen auf mehr "Wettbewerb" und einen brutalen Sparkurs, um das "Vertrauen" und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Für einen Großteil der Bevölkerung bedeutet dies eine zunehmende Verarmung und Verschärfung ihrer Lebensbedingungen. Es zeigt sich: Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorte intensiviert. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. Diese Entwicklung belastet alles: wie wir lernen, wie wir arbeiten, wie wir mit einander umgehen. In den sogenannten "aufstrebenden Märkten" herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht "Gier" und "Korruption" einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht. Doch diese Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können daher auch von uns verändert werden.

Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten "über ihre Verhältnisse gelebt", und gelten jetzt als "Schuldensünder". Mit dem Versuch über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen, taten sie was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und den milliarden schweren "Rettungsfonds" ESM ist an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische "Schuldenbremse" soll "die Märkte beruhigen", natürlich zu Lasten der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern gab es heftigen Protest. Allerdings traten dabei die großen nationalen Gewerkschaften als Schützer ihrer Standortinteressen auf, und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Gleichzeitig sind jedoch überall Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden – hieran gilt es anzuschließen. Denn wenn sich etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

Unser Leben in unsere Hände

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser



wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Kapitalismus, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Unsere Demonstrationen in Griechenland, Spanien, Deutschland anderen europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Obwohl die Krise in den europäischen Ländern oft sehr unterschiedlich verläuft, haben wir ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. "Echte Demokratie", wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus!

Weitere Informationen gibt es in den nächsten zwei Monaten in verschiedenen Sprachen unter www.march31.net

3. EU-Gericht: Mehrfach befristete Arbeitsverträge sind erlaubt

Luxemburg - Die mehrfache Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen widerspricht nicht dem EU-Recht. Dies hat der Europäische Gerichtshof am Donnerstag in Luxemburg entschieden.

Mehrfach wegen Vertretungsbedarf befristete Arbeitsverträge könnten auch dann erlaubt sein, wenn sich der Vertretungsbedarf als „wiederkehrend oder sogar ständig erweist“, hieß es. Das höchste EU-Gericht war vom Bundesarbeitsgericht angerufen worden. Dabei geht es um die Klage einer Frau, die zwischen 1996 und 2007 mit insgesamt 13 befristeten Arbeitsverträgen in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Köln beschäftigt wurde. Die Frau wurde jeweils als Vertretung für vorübergehend fehlende Mitarbeiter eingesetzt, beispielsweise für Kolleginnen im Erziehungsurlaub. Sie hatte auf Festanstellung geklagt.

Der Europäische Gerichtshof forderte die EU-Staaten auf, durch klare Regeln einen Missbrauch zu verhindern. Wichtig sei die Festlegung sachlicher Gründe, die die Verlängerung solcher Verträge rechtfertigten. Ein solcher sachlicher Grund im Sinne des EU-Rechts könne ein vorübergehender Bedarf an Vertretungskräften sein, so wie es das deutsche Recht vorsehe, entschieden die Richter. Die Richter mahnten die Behörden, bei der Bewertung der Rechtmäßigkeit aufeinanderfolgender befristeter Jobs genau hinzusehen: „Bei der Beurteilung der Frage, ob die Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags im Einzelfall durch einen sachlichen Grund wie den vorübergehenden Bedarf an Vertretungskräften gerechtfertigt ist, müssen die nationalen Behörden jedoch alle Umstände dieses Einzelfalls einschließlich der Zahl und der Gesamtdauer der in der Vergangenheit mit demselben Arbeitgeber geschlossenen befristeten Verträge berücksichtigen.“

Es gehe über die Ziele des EU-Rechts und einer Rahmenvereinbarung der EU-Sozialpartner hinaus, automatisch den Abschluss unbefristeter Verträge durch Arbeitgeber zu verlangen, die immer wieder einen Bedarf an Vertretungskräften haben. (Akz C-586/10)

stk/dpa/Reuters

Quelle: [Spiegel-Online](http://www.spiegel-online.de)

Anmerkung Syndikalismus.tk: Damit hat das EU-Gericht ganz im Sinne von Kapitalisten und Unternehmern entschieden. LohnarbeiterInnen bleiben weiterhin eine Manövriermasse. Zukunftsplanungen und Sicherheit für Lohnabhängige bleiben durch dieses Urteil auf der Strecke. So behält das Kapital weiterhin ein großes Druckmittel um ArbeiterInnen zur Unterwürfigkeit und Wohlverhalten zu zwingen. Da das Gericht keine Gerechtigkeit geschaffen hat, müssen einmal mehr wir Lohnabhängige getreu dem Satz „Alles muss man selber machen“ die Stärke entwickeln um in der betrieblichen Praxis diese befristeten Arbeitsverträge abzuschaffen. Der Streik für dieses Ziel ist dafür das geeignete Mittel.

4. Kommunale Krankenhäuser (vorerst) vor Privatisierung bewahrt Dresdner Bevölkerung entscheidet sich für Belegschaft

Heute fand in Dresden der Bürgerentscheid über die geplante Umwandlung der kommunalen Krankenhäuser Dresden Neustadt und Friedrichstadt in eine gGmbH statt. Von den 433 000 Wahlberechtigten beteiligten sich 37 % an der Abstimmung, davon stimmten 84 % gegen die Umwandlung der Rechtsform. Die lokale FAU-

Gewerkschaft hatte sich in den letzten Wochen neben ver.di, der Linken, der SPD, der SAV und einem neutralen Bündnis massiv für dieses Ergebnis eingesetzt.

Konsequenzen der Abstimmung

Durch das Abstimmungsergebnis ist es der Stadt Dresden für 3 Jahre nicht möglich, die Krankenhäuser in eine gGmbH umzuwandeln. Dies hätte den Ausstieg der Krankenhausverwaltung aus dem derzeit bestehenden ver.di Tarifvertrag ermöglicht und vermutlich zeitnah massive Rationalisierungsmaßnahmen bei Personal, Lohnzahlung und Angebot der Krankenhäuser bedeutet. Das sehr eindeutige Ergebnis unter den Abstimmenden kann als ein Zeichen der Solidarität mit den Belegschaften aber auch der zunehmenden Privatisierungsmüdigkeit der Dresdner_innen gewertet werden.

Außer Gefahr sind die Krankenhäuser damit jedoch nicht. Die Debatte um die GmbHisierung kam auf, da die Krankenhäuser u.a. durch Verwaltungsmängel und eine fehlende Abstimmung ihrer Angebote seit geraumer Zeit defizitär wirtschaften. Trotz des aktuellen Bürgerentscheids kann die Stadtregierung, bestehend aus CDU und FDP immer noch einen Verkauf der beiden Einrichtungen durchführen, wofür sich auch bereits Interessierte angemeldet haben. Eine weitere wirtschaftliche Verschlechterung der beiden Häuser könnte dabei eine willkommene Begründung bieten.



FAU-Aktivitäten vor der Abstimmung

Ab Mitte Januar hatte auch das Allgemeine Syndikat Dresden (FAU IAA – FdA IFA) mit der Mobilisierung zur Abstimmung begonnen. So wurde ein eigener Aufruf sowohl im Internet als auch in Hausfluren, Geschäften, Krankenhäusern und als Plakat verbreitet – in über 10 Stadtteilen Dresdens.

Am Freitag vor der Abstimmung richtete sich noch eine kreative Aktion gegen die Grünen, die sich wie die CDU und FDP Parteien für eine GmbHisierung aussprachen. Insgesamt 20-25 Menschen des Syndikats, des Libertären Netzwerks Dresden und andere

Unterstützer_innen zogen mit feiner Kleidung und Sekt vor das Bürgerbüro der Grünen im alternativen Hechtviertel, das Motto war: „NEIN!!! Kein Pöbel in unseren Krankenhäusern!“. Neben einem so beschrifteten Transparent, mit dem Zusatz „FAU – Freche Ausbeuter*innen Union“ wurden satirische Flugblätter verteilt, die den parlamentarischen Pragmatismus und den Ausverkauf sozialer Gemeingüter bejubelten. Auf der Rückseite gab es dann die Auflösung mit einer Kurzfassung der ernsthaften Position. Wer die Satire nicht sofort erkannte, wurde gleich noch gedrängt, einen Mitgliedsantrag für die Grünen auszufüllen. Die anwesenden Parteimitglieder zeigten sich zwar verärgert, ließen den Protest aber über sich ergehen. Die Teilnehmenden hatten bei den Passant_innen einige Verwirrung gestiftet, die sich aber – einmal aufgelöst – in der Regel in Spaß und interessante Diskussionen verwandelte. Auch hier wurden noch einmal 300 Flugblätter verteilt.

Wie weiter?

Wie schon gesagt, ist die Gefahr einer Veräußerung nicht gebannt. Einige Akteure befürchten sogar, dass unter der städtischen Verwaltung die Defizitwirtschaft nach dem Abstimmungsergebnis sogar noch befördert werden wird. Für die Beschäftigten und ihre Unterstützer_innen bedeutet das die Notwendigkeit, Debatten im Stadtrat und Änderungen in den Betrieben aufmerksam zu verfolgen. Bündnisse nicht einschlafen zu lassen sondern noch auszubauen und beim kleinsten Anzeichen von Verkaufsabsichten wieder voll hoch zu fahren. Der Kampf um die kommunalen Krankenhäuser Dresdens ist noch lange nicht vorbei, das heutige Abstimmungsergebnis zeigt allerdings, dass in der Dresdner Bevölkerung schon jetzt ein hohes Maß an Solidarität besteht.

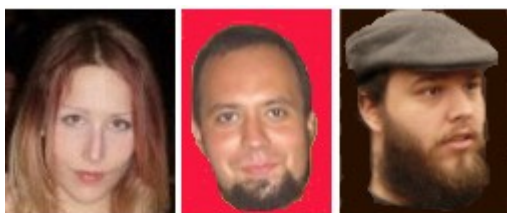
5. Und weil der Mensch ein Mensch ist, braucht er was zu Essen bitte sehr ...

Proletarisches Gedicht zum Thema Essen von Bertold Brecht

In diesem Gedicht reflektiert Bertold Brecht den Charakter des unter Bismarck entwickelten deutschen Sozialstaates: Parieren – Schlucken – Parieren – Schlucken.

Gewohnheiten, noch immer

Die Teller werden hart hingestellt
Daß die Suppe überschwappt.
Mit schriller Stimme
Ertönt das Kommando: Zum Essen!
Der preußische Adler
Den Jungen hackt er
Das Futter in die Mäulchen.



6. ASI-IAA: Aufruf für einen globalen Soli-Aktionstag

Wir müssen euch darüber in Kenntnis setzen, daß als Teil des Konstrukts gegen die Belgrade 6 (BG6), ab 8. Februar 2012 ein Berufungsverfahren gegen vier Mitglieder der Anarchosyndikalistischen Initiative (ASI) und gegen zwei weitere Belgrader AnarchistInnen anläuft.



Die sechs Belgrader Libertären wurden angeklagt, Ende August 2009 aus Solidarität mit einem damals hungerstreikenden griechischen politischen Gefangenen (Thodoros Iliopoulos) einen Angriff auf die griechische Botschaft in Belgrad angestiftet, assistiert und ausgeführt zu haben. Kurz nach dem Angriff auf die Botschaft wurden die BG6 (Tadej Kurepa, Ratibor Trivunac, Ivan Savic, Ivan Vulovic, Nikola Mitrovic and Sanja Dojkic) unter dem Vorwurf "Internationalen Terrorismus" verhaftet und für die kommenden sechs Monate in U-Haft gesteckt.

Aufgrund von massenhafter Unterstützungsmobilisierung, sowohl weltweit als auch vor Ort, wurden sie kurz vor ihrem Prozess entlassen. Im Juni 2010 wurden sie letztlich von einem Gericht höherer Instanz, das befand, daß in keinem einzigen

Anlagepunkt irgendwelche Grundlagen für eine Verurteilung bestanden, freigesprochen. Dagegen ging die Staatsanwaltschaft in Revision. Allerdings antwortete das Berufungsgericht darauf nicht, bis zu dem Zeitpunkt als geschmeidige politische Gründe dafür auftauchten. Denn nur Tage nach antimilitaristischen Protesten, die im Juni 2011 in Belgrad gegen einen NATO-Gipfel stattfanden und wobei Ratibor Trivunac eingefahren war, entschied das Berufungsgericht im Sinne der Anklage und beschloß den Prozess erneut zuzulassen. Im Moment gibt es strafrechtliche Verfahren gegen insgesamt sieben Mitglieder der ASI, und sie sind alle politisch motiviert.

Die Wiedereröffnung des Verfahrens gegen die BG6 kann nur als Kontinuität der staatlichen Unterdrückung all derjenigen gesehen werden, die gegen Plünderung und Ausbeutung aufstehen. In Anbetracht der Tatsache, daß Serbien eine Bananenrepublik der Peripherie ist, die von einem Ableger der Kompradoren-Bourgeoisie regiert wird, hat sich gezeigt, daß in dieser Phase des Kampfes die stärkste Waffe gegen den repressiven Apparat des Staates, die internationale Solidarität ist.

Deshalb rufen wir alle GenossInnen, AnarchosyndikalistInnen, revolutionäre Gewerkschaftsleute und klassenkämpferische AnarchistInnen zu einem Tag der internationalen Solidarität am 6. Februar 2012 vor den Konsulaten, Botschaften und Kulturinstitutionen der serbischen Republik auf. Die Proteste sollten die klare Forderung nach dem Ende aller Verfahren und dem Fallenlassen aller Konstrukte gegen die Belgrader Libertären in sich tragen.

Die Freiheit unserer GenossInnen hängt zu einem großen Teil von den Aktivitäten der internationalen libertären Bewegung ab, aber wir sind davon überzeugt, daß wieder einmal die internationale Solidarität ihre Stärke zeigen wird.

Sofortige Freiheit für die BG6 und alle angeklagten GenossInnen!

Tod dem Staat und dem Kapital!

Internationales Sekretariat der ASI

zum Hintergrund: [Infos auf der Seite der FAU Düsseldorf](#) und [Sonderseite der FAU-IAA](#)

7. Roche entlässt Gewerkschafter in Polen

Am 19. Dezember entließ das pharmazeutische Unternehmen Roche Polen grundlos einen Aktivist der FAU-Schwestergewerkschaft ZSP. Die Anweisung, den Arbeitsplatz auf der Stelle zu verlassen, kam direkt vom Hauptquartier der Firma, die sich weigerte, dazu schriftlich Stellung zu nehmen.

Die Entlassung folgte einer namentlichen Erwähnung des Genossen in einem längeren Zeitungsartikel. Obwohl keine Entlassungsgründe angegeben wurden, stehen sie offensichtlich mit seiner Gewerkschaftsarbeit in Zusammenhang.

Er kämpft jetzt für seine Wiedereinstellung, aber nicht nur das. Der Genosse kämpft ebenso für seine Anerkennung als Arbeitnehmer des Unternehmens und für die ihm zustehenden Gelder. Roche beschäftigt in Polen viele Menschen ohne regulären Arbeitsvertrag; das ist ihre normale Firmenpolitik. Der Genosse war daran interessiert, ein reguläres Arbeitsverhältnis zu seinem Arbeitgeber herzustellen, aber die sagten ihm, er sei der letzte, dem das Unternehmen einen unbefristeten Vertrag aushändigen würde. Roche beschäftigt viele LeiharbeiterInnen, aber auch eine große Anzahl Scheinselbstständige und illegal Beschäftigte. Um zu verhindern, dass ArbeiterInnen die ihnen zustehenden Rechte erhalten - bezahlter Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schwangerschaftsurlaub, soziale Absicherung, Abfindungszahlungen -, werden die Angestellten aufgefordert, sich selbstständig zu machen und dann durch ein vermittelndes Unternehmen entlohnt.

Die ZSP gibt bekannt, dass sie für die Wiedereinstellung des Kollegen und seine Anerkennung kämpfen wird. Und sie wird die Angestellten und die breite Öffentlichkeit über die Rechte der ArbeiterInnen in Kenntnis setzen.

Die Gewerkschaften in Polen haben es bislang versäumt, Scheinselbstständigkeit und illegale Beschäftigung angemessen zu bekämpfen, stattdessen werden diese ArbeiterInnen zusätzlich vom Gesetzgeber diskriminiert.

In der EU ist Polen inzwischen die Nr. 1 bei der Beschäftigung mit "Müllverträgen" und der Anteil an LeiharbeiterInnen stieg im vergangenen Jahr um rund 40%. Von 100 ArbeiterInnen unter 30 Jahren haben weniger als 20% einen regulären Arbeitsvertrag. Scheinselbstständige sind in diese Zahlen nicht enthalten; sie werden einfach als "Geschäftsleute" deklariert. Schätzungen zufolge hat Polen die höchste Anzahl solcher "Geschäftsleute" in Europa.

8. 2012 mit anarchistischen Vorsätzen auf Dresdner Straßen!

Anarchistische Gruppen und Projekte rufen zur Verhinderung der Dresdner Naziaufmärsche im Februar auf

Wie in jedem Jahr wollen Neo-Nazis im Februar wieder zwei Aufmärsche in Dresden durchführen. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“, das von bürgerlich-linken über emanzipatorische Antifa-Gruppen bis hin zu autoritär-kommunistischen Organisationen reicht, mobilisiert bereits seit einigen Monaten um die rechten Demonstrationen zu blockieren. Dieses Jahr melden sich nun erstmals explizit anarchistische Gruppen, Projekte, Gewerkschaften und Einzelpersonen mit einem eigenen Aufruf zu Wort und kritisieren sowohl den Naziaufmarsch als auch Repression und konservative Ideologien. Der Mobilisierungstext, der vom Allgemeinen Syndikat Dresden (FAU IAA - FdA IFA) ausgeht, will dazu einladen, sich stärker mit anarchistischen Standpunkten zu positionieren und perspektivisch unabhängige Mobilisierungsbündnisse auf die Beine zu stellen. Er kann auch nachträglich unterzeichnet werden.



2012 mit anarchistischen Vorsätzen auf Dresdner Straßen!

Als Anarchist*innen treten wir für eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Gewalt des Menschen über den Menschen ein. Das schließt den Kampf gegen jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, physische und psychische Gewalt gegen Menschen und Diskriminierungen z. B. aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Aussehen, Sexualität ein. Als Mitglieder verschiedener Kampforganisationen der lohnabhängigen Klasse sind wir bemüht, wirtschaftliche Gesetze für die Bevölkerung transparent zu machen, damit wir uns so in Theorie und Praxis zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung selbst ermächtigen können. Der Kampf gegen die Ideologien des Faschismus und der des Führerkultes Nationalsozialismus als schlimmste Formen menschenverachtenden Denkens stellt für uns daher eine Selbstverständlichkeit dar. Wir möchten mit diesem Aufruf

dazu ermutigen, sich den Neo-Naziaufmärschen am 13. und 18. Februar in Dresden unter einem anarchistischen Blickwinkel in den Weg zu stellen.

Mythos und Auseinandersetzung mit konservativem Bürgertum

Politische Kämpfe um gesellschaftlichen Einfluss sind immer auch Kämpfe über begriffliche und historische Deutungshoheit. Die Bewertung und der Umgang mit der Bombardierung Dresdens war seit jeher ein wichtiger Gegenstand verschiedener machtpolitischer Interessen. Bereits die Nationalsozialist*innen versuchten die Luftangriffe auf Dresden zu einem riesigen Kriegsverbrechen zu stilisieren und die Bevölkerung damit zum Endkampf gegen die Alliierten anzustacheln. In der DDR und der SU wurde weiterhin mit der Übertreibung der Opferzahl und dem Mythos von der harmlosen, kriegsunrelevanten Kulturhauptstadt argumentiert, um somit die Westalliierten als grausame Kriegsführer zu diffamieren und diesen die „ehrvolle Rote Armee“ entgegenzustellen. Zudem wurde die Bombardierung als eine Art gewollte Einschüchterung des Ostblocks durch die Westmächte interpretiert. Die Gedenkveranstaltungen wurden vorrangig für SED-Agitationskundgebungen gegen „den Westen“ genutzt (1).

In den letzten Jahren konnten linksradikale, libertäre und zivilgesellschaftliche Kräfte den konservativen Lagern, vor allem vertreten durch die CDU und die Frauenkirchenstiftung, einige Zugeständnisse in ihrem Umgang mit dem Jahrestag im Februar abringen. So wird mittlerweile immer der Kontext der Bombardierung erwähnt. Auch die haltlose Behauptung, Dresden hätte keine kriegserhaltenden Funktionen übernommen, wird von dieser Seite nicht mehr offen verbreitet. Bezüglich der Opferzahlen wurden durch die Einsetzung einer Historiker*innenkommission neue Erkenntnisse gewonnen. So wird heute anstatt der Nazizahl, die von 300.000 Toten berichtete, mittlerweile offiziell von 25.000 Getöteten ausgegangen. In einem jahrelangen Diskurs ist es gelungen, die vorherrschenden meinungsbildenden Institutionen zu dem Bekenntnis zu bewegen, dass weite Teile der damaligen Dresdner Bevölkerung für die Verbrechen im Nationalsozialismus mitverantwortlich waren. Diese Tatsache prägt die heutige bürgerliche Gedenkkultur, die sich nicht mehr alleine mit der Trauer um die Opfer des Bombenangriffs beschäftigen darf.

Die Konservativen ihrerseits haben mit der Etablierung des Begriffs Extremismus für verschiedenste radikale Ideologien und Gesinnungen einen großen Sieg errungen. Der Begriff ist heute so stark im politischen Diskurs verwurzelt, dass er von Medien und sogar von vielen antifaschistischen Gruppen unhinterfragt verwendet wird. Gleichsam gelang es, die sogenannte Mitte, vor allem als Synonym der ideologischen Anhänger*innen der herrschenden Partei (in Sachsen meist die CDU) gebraucht, als einzige freiheitlich-denkende Gesellschaftsschicht zu stilisieren. Alle Positionen, die sich von der vorgegebenen Mitte entfernen, bedrohen nach dieser Logik die bürgerlich-parlamentarisch definierten Freiheitsbegriff. Bis jetzt ist es in Sachsen kaum gelungen, dieser totalitären Ideologie etwas Wirksames entgegen zu setzen. Es gelang nur vereinzelt, sich den größten Blüten, wie der Extremismusklausel, z. T. zivilgesellschaftlich zu entziehen (2). Vielmehr ist aber von Zivilgesellschaft bis hin zu linksradikalen Kräften verbaler Untertanengeist zu vernehmen. So betonten in den letzten Jahren Initiativen, die sich z. B. antifaschistisch betätigen, immer wieder ihre Treue zu Grundgesetz und Demokratie, obwohl sich darunter durchaus Gruppen und Einzelpersonen befinden, die freiheitlichere Gesellschaftsformen anstreben. Durch dieses Vorgehen spalten sich gemäßigte/parlamentarische Linke selbst von revolutionären und libertären Bewegungen ab, was zu einer politischen Lähmung aller führt. Gleichzeitig werden die Straftaten durch Linksradikale und Libertäre im Vergleich zu denen von rechter Seite im bürgerlichen Diskurs überhöht und Angst vor linkem Terror geschürt. Dazu wird der Auftritt in Medien genutzt, der durch die Regierungsämter der Konservativen wesentlich leichter realisierbar ist als für Politiker*innen der Opposition oder gar außer- und antiparlamentarischer Bewegungen. So wird in den Publikationen und Statements von CDU und FDP über Rechtsradikalismus auch immer die Gefahr von links hervorgehoben. Gleichsam werden Kriminalstatistiken äußerst eigenwillig interpretiert (3) und Verweise auf die Publikationen des Verfassungsschutzes geliefert. Dieser wiederum publiziert nach den Maßstäben der konservativen und CDU-nahen Politologen Jesse (TU Chemnitz) und Backes (TU Dresden). Zusammenfassend kriminalisiert die Extremismusideologie alle politischen Meinungen außer der durch die Regierung vorgegebenen (4). Dies führt zu einer grundlegenden Entpolitisierung der gesamten Bevölkerung, was einer Vernichtung der Demokratie gleichkommt. Deutungshoheit ist daher ein Mittel, um Realitätswahrnehmung bewusst zu konstruieren und ein Denken in bestimmte Richtungen durch die Vernichtung oder Schaffung von Begriffen gesellschaftlich unmöglich zu machen.

Der 13. Februar ist in diesem Sinne Ort und Zeit intensiver ideologischer Auseinandersetzungen für Dresden, Sachsen und ganz Deutschland. Linke und linksradikale/libertäre Initiativen versuchen in diesem Zusammenhang, die Eigenverantwortung der Menschen im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt zu verdeutlichen. Zudem stellt die Organisation von Massenprotesten dieser Ausmaße auch die Fähigkeit zur Selbstorganisation dar und lässt breiten Bevölkerungsschichten Erfahrungen mit Selbstverwaltung, Solidarität, aber auch dem repressiven Charakter des deutschen Staates zu Teil werden. Da unter dem Gesichtspunkt von Massenprotesten zehntausender Menschen gegen faschistische

Großdemonstrationen die jahrelange „Wegschau-Taktik“ der konservativen Akteure immer öfter auch medial als schweigende Zustimmung gewertet wurde, sahen sich die entsprechenden Institutionen in den letzten Jahren gezwungen ihre Taktik zu ändern, um nicht offen als Nazifreunde dazustehen und trotzdem die Rechtsstaatlichkeit gegen „linksextremistische“ Initiativen verteidigen zu können. So rief die Herrschaft 2010 zum ersten Mal eine Menschenkette ins Leben, bei der es den Leuten erlaubt wurde, mit Tillich (Ministerpräsident von Sachsen) und Orosz (OB von Dresden) in Reih' (und Glied) zu stehen. Diese Aktionsform ist nichts anderes als ein Publicity-Gag, geschützt von tausenden Beamt*innen: Weit ab vom Geschehen wird per Zeichensetzung und (bestenfalls) oberflächlicher Selbstkritik etwas für den angeschlagenen Ruf der Stadt getan. Anschließend kann auch das befriedete Bürgertum für den Rest des Jahres aufatmen, haben doch ein paar Stunden Händchenhalten eindrücklich bewiesen, dass ja eigentlich alle etwas gegen Nazis haben. Eine Analyse tatsächlicher rechter Ideologien und die Prüfung auf ein Vorhandensein in der so genannten Mitte finden dabei ebenso wenig statt wie die Wahrnehmung des tatsächlichen Ausmaßes militant-rechter Übergriffe und Strukturen. Die nationalstaatlichen Institutionen integrieren dabei den Protest der gemäßigten Empörten und kompensieren ihn in einem kontrollierbaren Rahmen.

Weder die Menschenkette, noch andere symbolische Akte können und sollen die Neo-Nazis wirklich aufhalten, genauso wenig wie es reichen würde, einen faschistischen Aufmarsch zu blockieren, um die Grundlage für die Ausbreitung rechter Ressentiments zu beseitigen.

Auseinandersetzungen mit Repressionsorganen

Auch Staatsanwaltschaft, Bereitschaftspolizei und BKA leisten gute Zuarbeit zu den Kampagnen und gehen seit 2009 immer härter gegen Antifaschist*innen und Linksradikale/Libertäre vor. Dies äußert sich in steigenden Verletztanzahlen bei entsprechenden Demonstrationen, da Polizeieinheiten immer schneller zum Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken neigen, an einer steigenden Zahl von Observationen und Hausdurchsuchungen und nicht zuletzt an dem Großverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) gegen Antifaschist*innen. Letzteres führte im Übrigen bis jetzt zu keinen nennenswerten Ergebnissen (5).

Während linksmotivierte Delikte in Sachsen vor allem aus Street-Art, Widerstand und Verweigerung gegen polizeiliche Maßnahmen und tausende Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Rahmen des 13. Februars bestehen, sind gewalttätige Übergriffe von Rechten gegen verhasste Menschengruppen an der Tagesordnung. Die Folgen sind oft schwere Körperverletzungen, z. T. sogar der Tod (wie im jüngst bekanntgewordenen Beispiel der Nazigruppe „NSU“). Die Tatsache, dass bei Regierung und Repressionsbehörden die Infragestellung von Eigentum und Staatlichkeit scheinbar bedrohlicher ist als die von Menschenleben, spricht für sich.

Naziaufmarsch und Gedenktrauermärchen beenden

Das Ziel, die Neo-Naziaufmärsche in Dresden zu beenden, eint verschiedenste Interessengruppen. Die einen sehen im alljährlichen Spektakel eine schlechte Werbung für ihren Wirtschaftsstandort, andere fühlen sich davon schlicht genervt und bedroht. Wieder andere befürchten, dass durch die Gegenproteste die Stärke und der Zusammenhalt linker Menschen und Gruppen in der Stadt wachsen. Unsere Gründe liegen anders. Im Kampf für Menschlichkeit und ein gutes Leben für alle Menschen stellen wir uns selbstverständlich den größten Feinden der Menschlichkeit in den Weg. Dabei ist uns bewusst, dass der Aufmarsch für die Nazis Werbung und Selbstbestätigung darstellt, die gravierende rechtsradikale Politisierung jedoch alltäglich stattfindet.

Aber auch das offizielle Gedenken sollte kritisch hinterfragt werden. Der 13. Februar ist unserer Meinung nach durch die vielfältigen Versuche diesen politisch zu instrumentalisieren ein problematisches Datum, um große öffentliche Gedenkveranstaltungen durchzuführen. Auch wenn zwar betont wird, dass es um alle Opfer des Nationalsozialismus geht, so ist doch die Priorisierung der Opfer der Bombardierung durch die Datumswahl klar. Dies ist für sich eine deutliche politische Aussage, die die eigentlichen Opfer der faschistischen Terrorherrschaft mit Füßen tritt.

Während am 13. Februar tausende von Bürger*innen, also weit mehr als tatsächlich Zeitzeugen sein dürften, das Gedenken an die Bombennacht begehen, finden sich bei Gedenkveranstaltungen z. B. an die Novemberpogrome von 1938 nur maximal hundert Menschen zusammen. Unserer Meinung nach hat die Geschichte deutscher Städte andere Trauertage zu bieten, um sich der Geschichte bewusst zu werden, als ihre Zerstörung in einem von Deutschland mit unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begonnenen Krieg. Wir plädieren für das Fallenlassen des 13. Februars als Gedenktag abseits von persönlicher Trauer der Angehörigen. Wir erinnern an Massendeportationen, an politische Schauprozesse gegen Widerstandskämpfer*innen, an Erschießungen und Zwangsarbeit und wir feiern die Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai. Wir wollen uns die bedeutenden Tage der Geschichte mit ihrer Grausamkeit oder ihrer bitteren Freude ins Gedächtnis rufen, um die Entwicklungen und die gesellschaftlichen Dynamiken zu verstehen, um uns und andere zu mahnen, die Wiederholung von Krieg, Völkermord,

Repressionsterror und Faschismus irgendwann unmöglich zu machen.

Der Kampf um die nachhaltige Verhinderung der Naziaufmärsche im Februar ist daher mehr und mehr nicht nur ein rein antifaschistischer, sondern auch ein anarchistischer Kampf.

Antifaschismus überlassen wir nicht dem Staat! Für ein gutes und gerechtes Leben für alle!

[Allgemeines Syndikat Dresden \(FAU IAA - FdA IFA\)](#)

Erklärung:

FAU = Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union

IAA = Internationale Arbeiterassoziation

FdA = Forum deutschsprachiger Anarchist*innen

IFA = Internationale der anarchistischen Föderationen

ASJ = Anarchosyndikalistische Jugend

9. Der Krieg, er ist nicht tot, der Krieg (Rio Reiser)

Mit Poesie gegen den Krieg aufbegehren:

Denn allein im Jahre 2010 gab es über 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Der Afghanistankrieg dauerte 2011 schon 10 Jahre, der Krieg um Libyen ist gerade beendet worden und schon verstärken sich die Kriegsdrohungen gegen den Iran. Bei dieser Veranstaltung - organisiert von der Paderborner Initiative gegen den Krieg mit Unterstützung der Bewegung pax christi, der Eine-Welt-Gruppe Kaffeebohne, ausbrechen - antirassistische Initiative und des Projektbereiches EineWelt der Uni-Paderborn - entrüsten sich Künstler und Literaten gegen Krieg und Militärwesen.

Dota Kehr, die Kleingeldprinzessin aus Berlin präsentiert im Duo mit dem Gitarristen Jan Rohrbach Lieder, bei denen das Um-die-Ecke-Denken zum lustvollen Prinzip wird.

Die Beatpoeten Jan Egge Sedelies und Costa Carlos Alexander aus Hamburg und Leipzig bieten Elektropunk mit politischer Haltung und lyrischen Texten. Brecht würde dazu tanzen, Hölderlin die Taschenlampe schwenken.

Ob 16. Jahrhundert oder neuere Zeit: Immer erschütterten Kriege die Menschheit. Und immer haben die Dichter Stellung bezogen gegen das unsinnige Morden, einmal tief aufgewühlt, dann wieder voll Bitterkeit und Ironie. Der literarische Beitrag kommt aus Paderborn:

Dr. Wolfgang Kühnhold, Schauspieler und Theaterregisseur, bekannt auch durch zahlreiche Rezitationen, liest Texte von Gryphius, Grimmelshausen und Bertolt Brecht.

Am 1. März 2012, einem Donnerstag, um 19.30 Uhr findet das geneigte Ohr Einlass zu diesen poetischen Standpunkten gegen jede Art von Krieg.

Ort: Caféte der Kulturwerkstatt Paderborn, Bahnhofstr. 64.

Kostenbeitrag: 10 € - erm. 8 € / Vorverkauf: Weltladen La Bohrita, Michaelstr.7 (Öffnungszeiten: Dienstag-Freitag von 10-18:30 Uhr, Samstag von 10-16 Uhr)

Der Erlös der Veranstaltung soll für die weitere Arbeit der Paderborner Initiative gegen den Krieg verwendet werden.

Weitere Informationen: www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de

10. Lesetipp: WORK. Capitalism. Economics. Resistance. von Crimethinc. Ex-Worker's collective

After so much technological progress, why do we have to work more than ever before? How is it that the harder we work, the poorer we end up compared to our bosses? When the economy crashes, why do people focus on protecting their jobs when no one likes working in the first place? Can capitalism survive another century of crises?

Our newest book, entitled Work, addresses these questions and a great many more. To answer them, we had to revisit our [previous analysis](#) of employment and develop a more nuanced understanding of the economy. We spent months studying obscure history and comparing notes about how we experience exploitation in our daily lives, slowly hammering out a grand unified theory of contemporary capitalism.

In addition to distilling our findings in this book, we've also prepared a [poster](#) to diagram the system it describes. The poster is based on the classic illustration of the [pyramid of the capitalist system](#) published in the Industrial Worker in 1911. With the assistance of [Packard Jennings](#), we've created a new version, much more detailed than the original and updated to account for all the transformations of the past one hundred years.

In combination, the book and poster explore the positions we occupy within this pyramid and the mechanics that maintain it. From the industrial revolution to the internet, from the colonization of the Americas to the explosion of the service sector and the stock market, from the 2008 financial crisis to the upheavals taking place right now across the globe, Work offers an overview of how capitalism functions in the 21st century and what we can do to get beyond it.

Mehr: <http://www.crimethinc.com/books/work.html> (Preis: 10\$)

11. Direkte Aktion #209 (Januar/Februar 2012)

Marginalisierung und Minderheiten

Aus dem Inhalt: Zwischen autoritären Reflexen und kapitalistischem Normalvollzug: die Marginalisierung und Stigmatisierung sozialer Gruppen ► Betreuung als Verfolgung: Interview mit Arbeitskreis „Marginalisierte - gestern und heute“ ► Anarchismus und Syndikalismus in der kolonialen und postkolonialen Welt ► Vom Protestcamp zum Generalstreik? Die amerikanische Occupy-Bewegung ► Sonne, Strand und Sexarbeit: Dass beim Sextourismus der Tourismus weiblich und der Sex männlich sein kann, zeigt das Beispiel „Karibik“ ► Amsterdam hat „ausgekrakt“: Repression und Kriminalisierung von Hausbesetzungen im liberalen Holland ► Im Interview: Francesca Andrade, Regisseurin von „Noise and Resistance“ ► sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m.

In OWL gibt es die DA, soweit uns bekannt, zur Zeit in:

Bielefeld: Eulenspiegel, Buchladen, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

mondo - buchladen & galerie, Elsa-Brändström-Str. 23, 33602 Bielefeld

Kontakte: www.direkteaktion.org oder www.fau.org/da

12. It's time to organize

- Join the Union: FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL

nächste Treffen der Lokalföderation:

13.02.: Anarchistische Arbeitskritik II (Fourier, Kropotkin, Bonanno)

27.02.: Lokal, regional, bundesweit, international? Welche Rolle spielen Netzwerke in der aktuellen politischen Arbeit?

montags um 19.30 Uhr in der Bürger_innen_wache, Raum 102

FAU Bielefeld, c/o Bürger_innen_wache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: www.fau-bielefeld.de.vu oder <http://faubielefeld.blogspot.de>

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Interesse? Einfach vorbeikommen und Reinhören, mitreden, mitmachen!

- selb(A)machen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sAm/ASJ)

**Wir treffen uns dienstags um 18.30h
im Infoladen Anschlag, Heeperstr.132**

<http://selbamachen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!

- A - Treffen in OWL

Im Infoladen Bielefeld haben sich am Samstag den 05. November die Gruppen **selbAmachen**, **FAU Bielefeld** und das **[libertäre netzwerk lippe]** getroffen. Ziel dieses Treffens war das gemeinsame Kennenlernen und das Vernetzen von anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen in Ostwestfalen-Lippe im Anarchistischen Forum OWL.

Zu unserem Treffen am **Samstag, den 11. Februar im AWO-Zentrum Heisenbergweg 2, Bielefeld um 14.00 Uhr**, bist du als Einzelperson oder seid ihr als Gruppe herzlich eingeladen. Vorher, ab 12.30 Uhr gibt es Mittagessen vom Sozialforum. Meldet Euch bitte an, wenn ihr mitessen wollt!

IT'S TIME TO ORGANIZE !

13. Termine im Februar

Montag, 6.Feb. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**, Bürger_innen_wache Bielefeld, R07 (unten links!!), Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 6.Feb. 20.00Uhr: „Antifa - Geschichte und Organisation.“ Eine Buchvorstellung. von Antifa AG mit jemandem aus dem Autor_Innenkollektiv im Rahmen des Roten Montag im Extra - Blues Bar, Siekerstr.20, Bielefeld

Mittwoch, 8.Feb., 19.00 Uhr: **Kernschmelze der Finanzmärkte**
Über Finanzmärkte und Demokratie, den Euro und die Krise der Europäischen Union
Referent: Referent: Prof. Dr. Andreas Fisahn (Juristische Fakultät der Uni Bielefeld, wissenschaftlichen Beirat von attac), Bürger_innen_wache, Raum 07, EG. (Saal), Veranstalter: attac Bielefeld

Donnerstag, 9.Feb., 19.00 Uhr: Transition Town Abend
Bürger_innen_wache, Raum 104, 1.OG, Veranstalter: Transition Town Bielefeld

Freitag, 10.Feb., 20.00 Uhr: Tatort OWL - Krimi-Lesung mit Saxophon-Begleitung
Autorenlesung mit Bernd Schlipköther, Volker Backes, Hans-Jörg Kühne
Veranstalter: Castalia-Literatur-Contor in Koopertion mit der BI Bürgerwache e.V.
Unkostenbeitrag: 7,00 € / ermäßigt 5,00 €
Vorverkauf: Büro der Bürgerwache und
Antiquariat in der Arndstraße, Arndtstr. 51, 33615 Bielefeld
Bürger_innen_wache, Raum 07, EG. (Saal)

Samstag, 11. Feb., 12.00 Uhr: Anti-Atom-Demo in Detmold
Ort: Marktplatz (mehr: <http://www.lippe-alternativ.tk/>)

Samstag, 11.Feb.ab 12.30Uhr: Mittagessen in der Stadtteilkantine des Sozialforums Bielefeld, AWO, Heisenbergweg 2 (Mehrgenerationenhaus), Bielefeld

Sonntag, 12.Feb., 15.00 - 18.00 Uhr: Faires Café für Groß und Klein
Die ehrenamtliche Fairtrade Gruppe des Welthauses organisiert einen fairen Kaffeenachmittag mit Informationen rund um den Fairen Handel
Bürger_innen_wache, Raum 102 und 104, 1.OG, Veranstalter: Fair-Trade-AG, Welthaus Bielefeld

Montag, 13.Feb. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**, Bürger_innen_wache Bielefeld, R07 (unten links!!), Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 13.Feb. 19.30Uhr: Anarchistische Arbeitskritik II (Fourier, Kropotkin, Bonanno)
Themenabend der FAU Lokalföderation Bielefeld
Bürger_innen_wache Bielefeld R 102, Siegfriedplatz, Bielefeld

Dienstag, 14.Feb., 17:30 Uhr: Treffen des Sozialforum Bielefeld
im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO

Donnerstag, 16.Feb. 18.00h: Treffen[libertäres netzwerk in lippe] -
Papiermühle, Schwelentruper Weg 5, Dörentrup-Hillentrup (www.anarchie-in-lippe.de)

Montag, 20.Feb. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft**, Bürger_innen_wache Bielefeld, R07 (unten links!!), Siegfriedplatz, Bielefeld

Dienstag, 21.Feb., 19.30 Uhr, Town Bielefeld Filmabend.
Filme zu den Themen Peak Oil, Postwachstumsökonomie und Städte im Wandel Veranstalter: Transition Town Bielefeld
Bürger_innen_wache Bielefeld Siegfriedplatz, Raum 07, EG. (Saal)

Samstag, 25.Feb. ab 12.30Uhr: Mittagessen in der Stadtteilkantine des Sozialforums Bielefeld,
AWO, Heisenbergweg 2 (Mehrgenerationenhaus), Bielefeld

Sonntag, 26.Feb., 17.00 Uhr, postpoetry.

Lesung mit Preisträgerinnen des Lyrikwettbewerbs postpoetry

Mit Marius Hulpe und Eva Freyschmidt

Moderation: Nika Bertram

Musikbegleitung: Ugur Pollat

Veranstalter: BI Bürgerwache e.V.

in Kooperation mit der Literaturzeitschrift »Tentakel« und dem Lyrik-Wettbewerb »postpoetry NRW«

Unkostenbeitrag: 7,00 € / ermäßigt 5,00 €

Vorverkauf: Büro der Bürgerwache

Bürger_innen_wache Bielefeld, Siegfriedplatz, Raum 07, EG. (Saal)

Montag, 27.Feb. 18.00 Uhr: Initiative zur Gründung einer **Bielefelder Biowaren Genossenschaft,**
Bürger_innen_wache Bielefeld, R07 (unten links!!), Siegfriedplatz, Bielefeld

Montag, 27.Feb. 19.30Uhr: Lokal, regional, bundesweit, international? Welche Rolle spielen Netzwerke in der aktuellen politischen Arbeit?

Themenabend der FAU Lokalföderation Bielefeld

in der Bürger_innen_wache Bielefeld R 102, Siegfriedplatz, Bielefeld

Dienstag, 28.Feb., 17:30 Uhr: Treffen des Sozialforum Bielefeld

im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO

Links



<http://zuchthaus.free.de/syndikat-a/>

barrikade # 6 - November 2011

Umfang 48 Seiten – Preis: 4 Euro — Vorschau:

- Kollektivbetriebe als 'konstruktiver Sozialismus'?
- Kollektivierungen in Katalonien 1936-39 – Augustin Souchy
- Theorie in Lichte der Praxis – Helmut Rüdiger
- Würdigung des Anarchosyndikalisten und Genossenschafters [Joan Peiró i Belis](#)

• Odyssee des Rudolf Rocker-Manuskriptes 'Nationalismus und Kultur' 1949

• Jan Appel – Erinnerungen

zu beziehen: www.anarchosyndikalismus.de.vu/

Kontakt: barrikade [arruba] gmx.org



www.lippe-alternativ.tk/

Kontakt/Treffen: Kontaktieren könnt ihr uns über die unten stehende eMail-Adresse. Zu unseren Netzwerk-Treffen am 1. & 3. Samstag im Monat (siehe Termine) könnt ihr einfach so kommen. Na dann mal los...

eMail-Adresse: ainlippe(AT)riseup.net



Sozialforum Bielefeld

<http://sozialforumbielefeld.blogspot.de/>

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag um 17:30 Uhr im DIDF in der August Bebel Str. 74, in dem Gebäude der AWO .

www.ag-freie-bildung.org/

info-café: dienstags

15 - 18 h in Raum C02-206



Initiative für ein >>>

[libertäres netzwerk]

in Lippe

anarchie-in-lippe.tk

ag freie bildung
an der Uni Bielefeld



www.a-sortiment.de/

eulenspiegel

Buchladen

Hagenbruchstr.7 • 33602 Bielefeld,

Tel.: 0521 / 17 50 49 • Fax.: 0521 / 13 35 10

E-Mail: Buch_eulenspiegel@gmx.de

Öffnungszeiten: Montag - Freitag: 9.30 - 18.30 Uhr • Samstag: 10.00 - 16.00 Uhr

mondo

buchhandlung & galerie

Elsa-Brändström-Str. 23 33602 Bielefeld

Tel. 0521.64163 fax. 0521.64193 kontakt@mondo-bielefeld.de

geöffnet: mo-fr 11.00 - 18.00 sa 11.00 - 14.00



Bürgerwache Bielefeld: www.buergerwache.de/

Viertel Nr. 17 - Zeitung für Stadtteilkultur und mehr erschienen!

Die neuste Ausgabe der Stadtteilzeitung »Viertel« liegt in der Bürgerwache sowie an öffentlichen Orten und Gastronomien im Stadtteil aus.

Die Ausgabe ist jetzt auch Online zugänglich unter:

www.bi-buergerwache.de/seiten/aktuell.php

Inhalt: Ausgabe Nr. 17 - Oktober/November 2011

Der Platz und das Wasser+++Neue Runde im Pömpel-Streit+++»Bufdis sind kein Ersatz«
+++Krieg im Paradies+++Zug, Ventil und viel, viel Luft+++Die Vielfalt ausbauen+++Alles läuft rund+++
+Alter Stahl und Mischoxide+++An einem Tag im November+++Die besten Werbespots aller Zeiten++
+...

moveandresist

Aktionsplenum gegen Ausgrenzung und Abschiebung



Antira AG an der Uni Bielefeld (AG des AStA), Universitätsstraße 25, 33615

Bielefeld <http://moveandresist.wordpress.com/> E-Mail: [gegenabschiebung\(at\)riseup.net](mailto:gegenabschiebung(at)riseup.net)